

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag in der Redaktionssitzung Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreizeiliger Postzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

## Soll der Geldsack über uns herrschen?

Augenscheinlich besteht bei uns in Deutschland die Gefahr, daß nach dem Kriege die Geldleute eine viel größere Rolle spielen werden als je zuvor. Wenn man beobachtet, wie schon heute, trotz der schweren Kriegsnot, die auf unserm Volke lasten, die Herren und Damen vom großen Geldbeutel auftreten, so darf man für die Zukunft begründete Besorgnisse hegen. Besonders trifft diese Befürchtung zu auf unsere neugebaute Geldaristokratie, die durch den Krieg gewissermaßen über Nacht reich geworden ist. Wie jedermann weiß, hat bei uns infolge des Krieges eine durchgreifende Verschiebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse stattgefunden, die auch eine soziale und politische Umgruppierung im Gefolge hat. Der Krieg hat grundstürzende Umwälzungen mit sich gebracht, einige Schichten der Bevölkerung haben ungeheure Reichtümer angehäuft, andere dagegen sind ärmer geworden; den aufgeschwemmten Reichthümern auf der einen Seite steht eine große Verelendung auf der andern Seite gegenüber; man kann wohl sagen, daß die Klassengegensätze nach dem Kriege schroffer sein werden als vorher.

Der Sachverhalt ist folgender. Zunächst steht fest, daß unsere einheimische Landwirtschaft aus dem Kriege einen unverhältnismäßig hohen Nutzen gezogen hat, und daß die ihr günstigen Verhältnisse auch nach dem Kriege noch längere Zeit hindurch andauern werden. Weil die Konkurrenz des Auslandes ausgeschaltet ist, sind die Preise für inländische Erzeugnisse sehr hoch, was den Erzeugern zugute kommt. Auch Industrie und Handel haben es verstanden, die Kriegskonjunktur zu ihrem Vorteil auszunutzen und riesige Gewinne in ihre Taschen zu stecken, wobei zu bemerken ist, daß sich dieser Millionensegens ausschließlich auf die Groß- und Mittelbetriebe beschränkt hat. Wie groß die Ueberschüsse sein müssen, die Landwirtschaft, Industrie und Handel aus der Kriegsnot herausgewirtschaftet haben, ergibt sich aus den Abrechnungen der landlichen Darlehnskassen, der Aktiengesellschaften und der Banken. Demgegenüber hat sich die wirtschaftliche Lage des Mittelstandes wesentlich verschlechtert. Die kleinen selbständigen Geschäftsleute, die Kleinmeister und Kleinhändler, sind schwer getroffen worden und gehen schlimmen Zeiten entgegen, und auch der sogenannte neue Mittelstand, der aus Beamten, Festbesoldeten und Angehörigen der freien Berufe besteht, wird wahrlich nicht auf Rosen gebettet sein. Und was endlich die Lage der Arbeiterklasse anbetrifft, so besteht auch für sie die Gefahr einer dauernden Verschlechterung. Die hohen Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten werden auch nach dem Kriege anhalten, das Einkommen wird nicht in dem gleichen Maße steigen, und so kann es nicht ausbleiben, daß wir eine Massenverarmung haben werden als die Rehrseite der Medaille. Vergeshoher Reichtum und abgrundtiefe Armut sind die Folge davon, daß man den rücksichtslosen, geminnfüchtigen Beutemachern die Möglichkeit gegeben hat, das Glend des Volkes für sich in eine Goldgrube umzuwandeln.

Will man der Entwicklung zur Plutokratie, zur Herrschaft des Geldsacks, Einhalt tun und ein halbwegs annehmbares Gleichgewicht in unserm Volkstörper herstellen, so darf man vor einem scharfen Buzaden nicht zurückschrecken. Durch eine gesunde Steuerpolitik, durch hohe Vermögens- und Einkommenssteuern, durch kräftige Besteuerung der Luxusbedürfnisse sowie durch Konfiskation der Kriegsgewinne muß den Plutokraten, die sich am Blut und Mark des Volkes vollgejogen haben, ihre Beute wieder abgejagt werden. Sollte man es zulassen, daß diese Vaterlandsverräter im wahrsten Sinne des Wortes ihren Raub in

Ruhe verzehren, so wäre das nicht nur ein schändliches Unrecht gegen die erwerbstätigen Volksschichten, sondern auch eine Quelle fortwährender Erbitterung. Schon heute wirkt das schlechte Beispiel, das die Kriegsgewinnler durch ihr prohenhaftes Auftreten geben, direkt aufreizend, und es wäre verhängnisvoll für unser Land, wenn diese Quelle nicht verstopft werden sollte.

Aber noch ein anderer Umstand ist von Bedeutung. Es ist nämlich eine geschichtliche Tatsache, daß Volksschichten, die in kurzer Zeit wohlhabend werden und zu großen Reichthümern gelangen, ein starkes Selbstbewußtsein entwickeln und eine größere Rolle spielen wollen. Es schmilzt ihnen der Kamm, sie tragen ein widerliches Prohetentum zur Schau und versuchen, dem Staat und der Gesellschaft ihren Stempel aufzudrücken. Zu dem Zwecke streben sie nach mehr Einfluß und versuchen, sich und ihre Sippschaft in die einflussreichen (und auch gutbezahlten) Stellen hineinzuschieben, von denen sie tüchtige, aber unbemittelte Bewerber fernhalten. Der verheißene Aufstieg der Luchtigen, diese Grundbedingung eines jeden gesunden Staats- und Volkslebens, wird dadurch natürlich erschwert oder gänzlich vereitelt. Und so wird denn, wenn man der Entwicklung ihren Lauf läßt, sich mancher Emporkömmling aus reicher Familie in einem gepolsterten Sessel breitmachen, während kenntnisreiche und charaktervolle Leute aus den Unterschichten Tagelöhnerarbeit verrichten. Auch in politischer Beziehung drängen die Kriegsgewinnler sich in den Vordergrund. Sie sind es in erster Linie, die die Herrschaft des Geldsacks stützen und die Volksmassen von der Mitarbeit in Staat und Gemeinde zurückhalten wollen, sie sind es, die sich einer Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens entgegenstemmen. Zu Beginn des Krieges hatte der demokratische Gedanke überall Boden gefunden, und es wurden dementsprechend auch Zusicherungen gemacht, aber als der Krieg die wirtschaftlichen Gegensätze verschärfte, indem er neue Reichthümer schuf, entstand in den Reihen der Besitzenden wieder der feste Wille, die politische Oberherrschaft über die Massen nicht aus den Händen zu geben. Hieraus erklärt sich im Wesentlichen die Entwicklung, die der Kampf ums gleiche Wahlrecht und um andere demokratische Forderungen bei uns genommen hat.

Es kann durchaus keinem Zweifel unterliegen, daß alles daran gesetzt werden muß, um die drohende Herrschaft des Geldsacks zu brechen. Verhängnisvoll wäre es für den inneren Frieden in unserm Volke, wenn statt der Luchtigkeit, Einnicht und Charakterstärke die Höhe des Vermögens die Stellung im Staatswesen und den Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung bestimmen würde. In sozialer Beziehung wäre es höchst bedauerlich, wenn die Leute vom Geldsack den Ton angeben sollten. Da Kunst und Wissenschaft im Zeitalter des Kapitalismus nach Brot gehen, so sind Künstler und Wissenschaftler, Dichter und Denker und Forscher, wenn auch wider ihren Willen, gezwungen, dem Bedürfnis dieser Kulturbabaren Rechnung zu tragen. Wenn hier kein Einhalt getan wird, so gehen wir einer bedenklichen Verrohung unseres Geistes und Seelenlebens entgegen. Der schnelle Niedergang unserer Kultur und der Verfall unserer Sitten wird die Folge sein. Es wird eine Verflachung unseres Denkens und Fühlens, und ein Ueberschwern des größten Genußmaterialismus um sich greifen, der eine Gefahr bildet für Volk und Land. Ein Volk wird ja danach beurteilt, welche Zwecke es seinem Leben setzt und was den Inhalt seines Daseins ausmacht, und da wäre es doch im höchsten Grade bedauerlich, wenn man unser deutsches Volk nach dem Auftreten der Geldprohen beurteilen wollte. Man mag die Sache drehen und wenden, wie man will, die dringendste Aufgabe für uns ist, dafür Sorge zu tragen, daß der Geldsack nicht über uns

herrscht. Wird diese Aufgabe nicht gelöst, so steht zu befürchten, daß unser Volk dem Schicksal des alten Romes verfallen wird, das an der Plutokratie, der Herrschaft des Geldsacks, zugrundegegangen ist.

## Die neuen Kakaozölle

F. W. Die neuen Steuerpläne der Regierung bringen — wie leider zu befürchten war — auch für Kakao und Schokolade eine größere Belastung als bisher, und diese wird auf alle Fälle für unsere ganze Süßwarenindustrie von nachhaltiger Wirkung sein.

In Frage kommt eine Erhöhung des Finanzzolles auf Rohkakao sowie des Schutzzolles auf Halb- und Fertigfabrikate. Rohkakao war bis 1906 mit einem Einfuhrzoll von M. 35 für 100 kg belegt, der dann aber auf M. 20 herabgesetzt wurde. Mit dieser Ermäßigung beabsichtigte man damals, den Verbrauch zu steigern. Das ist auch in hohem Maße erreicht worden. Im Jahre 1904 hatte der deutsche Verbrauch 26 126 Tonnen betragen, 1912 dagegen war er schon auf 51 593 Tonnen angewachsen; das ist eine Steigerung von 97 pSt. Der Konsumverbrauch 1904 betrug 0,44 kg; er erhöhte sich bis zum Jahre 1913 auf 0,77 kg; ein Mehr von 75 pSt. Die Mindereinnahmen des Reiches infolge der Herabsetzung des Zolles wurden allerdings trotz des gesteigerten Verbrauches nur langsam wieder ausgeglichen; 1904 hatte der Ertrag des Kakaozolles sich auf M. 9 185 000 belaufen; er blieb bis 1910 unter dieser Ziffer, stieg 1911 auf M. 10 050 000, 1912 auf M. 11 117 000, fiel jedoch 1913 wieder auf M. 10 211 000. Aber die Reichskasse hat sicher trotzdem einen großen Nutzen aus der Zollermäßigung des Jahres 1906 gehabt; denn der spätere Mehrverbrauch an Kakao zog natürlich einen noch viel größeren Mehrverbrauch von versteuertem Zucker für Schokoladenwaren nach sich. Und dies ist ein Moment, das auch bei der jetzigen Steuerpolitik des Reiches nicht aus den Augen gelassen werden darf! Jede Einschränkung des Kakaoumsatzes infolge zu hoher Zollbelastung ist unweigerlich eine Verminderung des Verbrauches von Zucker, also ein Ausfall des Ertrages der Zuckersteuer.

Welche Stellung nehmen vor allem die Unternehmer der Schokolade- und Zuckerwarenindustrie zu dem Umstande ein, daß die Regierung in ihrer Geldnot heute nicht nur den alten Zollfuß von 1906 — M. 35 für den Doppelzentner — wiederhaben will, sondern noch M. 15 mehr? Wenden sie sich entrüstet gegen eine Maßnahme, durch die, wenn erst wieder Kakao im Lande sein wird (sicher an sich schon zu weit höheren Preisen als früher), die daraus gefertigten Produkte noch weiter wesentlich verteuert werden müssen? Nach der „Konfitüren-Zeitung“ wird die Verteuerung der fertigen Ware (eingerechnet die Zuckerabgabe, welche die Süßwarenindustrie heute zu leisten hat und die sich voraussichtlich auch nicht bald ermäßigen wird) pro Kilogramm ungefähr 75 % betragen! O nein, die Schokoladenfabrikanten wenden sich nicht gegen den großen Sprung der Zoll-erhöhung; sie rechnen vielmehr damit, daß die allgemeine Warenknappheit nach dem Kriege zunächst auf lange Zeit hinaus bei der großen Masse der Verbraucher das Verlangen nach allen vorhandenen Kakaoerzeugnissen so rege hält, daß sie die „mäßige Preiserhöhung“ willig ertragen. Es ist eine Spekulation auf die noch weiter anhaltende Notlage des Volkes, die hier den Ausschlag gibt, und sie wird allerdings eine Zeitlang zutreffend sein. Die Volksmassen werden, solange andere Fettquellen knapp stehen, den nahrhaften Kakao auch zu teuren Preisen abnehmen, soweit sie überhaupt in der Lage sind, etwas zu kaufen. Wenn aber normale Zeiten eintreten?

Unsere Fabrikanten handeln jedoch in der Richtung, wie alle Unternehmer heute: Lieber dem Staate es gemähren, aus den breiten Massen einen möglichst hohen Beitrag auf dem Wege indirekter Steuern und Zölle herauszupumpen, als ihn durch Verminderung dieser Möglichkeit zu zwingen, die Deckung seines Bedarfs durch höhere direkte Besteuerung oder durch Eingriffe in die Produktion selbst zu suchen. Und so hat bereits eine außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes deutscher Schokoladenfabrikanten am 4. Mai in Berlin ausdrücklich erklärt, mit der Zollerrhöhung auf Rohkakao einverstanden zu sein.

Gegen diesen Standpunkt fröndiert nur eine Großfirma, und zwar die Reichardt-Kompagnie in Wandersfel, die für völlige Zollfreiheit eintritt; sie sucht nun noch andere Fabrikanten für eine gemeinsame Eingabe nach dieser Richtung zu gewinnen. Wir müssen die Forderung der Reichardt-Kompagnie natürlich mit aller Kraft unterstützen; denn sie entspricht dem Verlangen der Arbeiterschaft, Nah-

runghsmittel die im Inlande nicht erzeugt werden können, möglichst ohne Zoll- oder Steuerbelastung dem Volke zuzuführen. Die Erfüllung dieser Forderung würde auch den Interessen unserer Kollegenchaft in den Fabrikbetrieben ganz besonders dienen, weil sich ohne Zweifel die Produktionsziffern der Süßwarenindustrie bei zollfreier Kakaointroduktion in den nächsten Friedensjahren noch viel schneller heben würden, als von 1906 bis 1913. Über leider besteht nicht die geringste Hoffnung, daß das Reich auf jegliche Einahme aus Kakaoverzichten wird. Angesichts weiterer Beschlüsse des Verbandes der Schokoladenfabrikanten glauben wir nicht einmal daran, daß es irgendeiner Parteikonstellation im Parlament gelingen wird, den Regierungsvorschlag abzuweichen; denn die Fabrikanten bieten der Regierung nämlich bei den anderen Zollpositionen sogar noch höhere Sätze an, als sie fordert. Die Schutzzölle auf Kakaopulver und Kakaoshalen sollen ja ebenfalls ganz gehörig in die Höhe geschraubt werden; aber die Fabrikanten erachten die vorgezeichneten Sätze noch nicht einmal als ausreichend; besonders eine weitere Erhöhung des Kakaobutterzolles erklären sie für unerlässlich.

Die Vorschläge der Regierung gehen dahin: Nach Nr. 208 des Zolltarifs hatten Kakaopulver oder geschüttelt, gemahlen, gepulvert, gequetscht oder sonst zerkleinert, auch in Tafeln oder Blöcke geformt (Kakaomasse); mehr oder weniger entölt Kakaopulver und dergleichen Kakaomasse; Kakaoshalen, gemahlen, für je 100 kg A 65 bei der Einfuhr zu tragen.

Diese Nummer 208 soll jetzt folgende Vorschrift enthalten: Kakaomasse, Kakaopulver, Kakaoshalen gemahlen tragen zukünftig einen Einfuhrzoll von A 100 für 100 kg. Nr. 204 des Zolltarifs lautet heute so: Schokolade und Schokoladenrückstände, in Tafeln oder Blöcken, auch gemahlen; Waren ganz oder teilweise aus Kakaomasse, Kakaopulver, Schokolade oder Schokoladenrückständen; alle diese auch mit Zusatz von Gewürzen, Süßmitteln oder dergleichen: A 80.

Schokolade, auch mit Zusatz von Gewürzen, Süßmitteln oder dergleichen (vertragsgemäß im Verkehr mit der Schweiz): A 50.

Zukünftig soll es heißen: Schokolade und Schokoladenrückstände sowie Waren daraus, Kakaowaren, alle diese auch mit Zusatz von Gewürzen, Süßmitteln oder dergleichen tragen einen Einfuhrzoll von A 140 für 100 kg.

Hier handelt es sich also bei dem Sprunge von A 80 auf 140 um eine fünfundsiebzigprozentige Steigerung; für die Einfuhr aus der Schweiz, die bisher vertragsgemäß nur A 50 für den Doppelzentner zu tragen hatte — eine Verzugsstellung, die anscheinend wegfallen soll —, sogar um eine solche von 180 p. Die Fabrikanten erklären nun, A 140 für Halb- und Fertigschokolade ständen nicht mehr im gleichen Verhältnis zu dem Zolle von A 50 für Rohkakaos wie bisher; jetzt war das Verhältnis 80 zu 20. Der Schutz Zoll auf Schokolade war viermal höher als der Zoll auf Rohkakaos. Man scheint den Wunsch zu haben, möglichst das gleiche Verhältnis aufrechtzuerhalten, und dann würden A 200 auf Schokolade in Geltung kommen. Wie man sich die Sache in einzelnen denkt, hat man freilich der Öffentlichkeit bisher noch vorenthalten; man will die Wünsche in einer eingehend begründeten Denkschrift der Reichsregierung und dem Reichstag zu stellen.

Es ist selbstverständlich, daß der bisherige Schutz Zoll auf Festwaren wesentlich mit dazu beigetragen hat, die früher so unbedeutende deutsche Schokoladenindustrie kräftig zu fördern; aber wir dürfen nicht verkennen, daß jede Herabsetzung der Einfuhr von Fertigfabrikaten durch höhere Zölle gleichzeitig der inländischen Produktion in der Kreisbildung freiere Hand nach oben läßt. Wenn wir also den Wert eines Schutzzolles für eine heranwachsende Industrie nicht von der Hand weisen wollen, so ist diesem Zwecke nach unserer Meinung mit den jetzigen Sätzen vollkommene Genüge geschehen. Die neuen Sätze sind ganz entschieden zu beanstanden und noch vielmehr die Pläne der Unternehmer. Der Regierung müßte schon im allgemeinen in den nächsten Jahren daran liegen, die Einfuhr von Lebensmitteln zu fördern, die von Kakaos aber ganz besonders! Sein hoher Festzoll kann wesentlich zu einer Verbesserung der Ernährung der breiten Massen beitragen, und außerdem schlägt ein harter Kakaoverbrauch eine weitere Steigerung der Zuckerindustrie in sich ein.

**Verordnung**

**zwischen der Großbäckerei, Bremen, und der Reichsbäckerei, Bremen, und dem Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe, Ortsverwaltung Bremen.**

**A. Arbeitszeit.** Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige, einschließlich der notwendigen Erhospausen.

**B. Lohn.** Der Mindestlohn für Gehilfen im ersten Jahre nach vollendetem Jahre beträgt pro Woche A 35, von da ab A 42 pro Woche. Für Arbeiterinnen A 28 pro Woche.

Für Kost und Logis kommen pro Woche A 15 in Anrechnung.

**C. Allgemeine.** Die bei der Einfuhr dieser Verordnung beschriebenen geringeren Lohn- und Arbeitsbedingungen werden durch diese Verordnung nicht beseitigt, sondern behalten auch nach derselben ihre Gültigkeit.

Diese Verordnungen treten am 3. Mai 1918 in Kraft und gelten bis ein halbes Jahr nach Friedensschluß.

Die Vertragsunterzeichner erklären sich bereit, einen Monat vor Ablauf des Termins Unterhandlungen zum Abschluß neuer Verordnungen einzuleiten.

Bremen, den 3. Mai 1918.

Unterschriften:

Für die Ortsverwaltung bildet der Schlußteil im Tarifbuch des bremischen Bäckerbundes. Hiermit sind nun für das gesamte Gebiet der Stadt Bremen, Großbezirke wie Kleinbezirke, Tarife geschaffen. Auch dieser Abschluß bringt der Kollegenchaft finanzielle Vorteile, was aber besonders wichtig ist, er läßt uns mit größerer Ruhe in die Zukunft blicken. Auf die Bedeutung der Abschlüsse selbst werden wir noch einmal zurückkommen. Man gilt es, weiter-

zuarbeiten am Ausbau der Organisation, damit das Erreichte auch eingehalten wird und später noch bessere Früchte bringen kann.

**Zum Kapitel: Wiederaufbau der Organisation nach dem Kriege**

gibt unsere Bezirksleitung in Frankfurt a. M. folgende Anregung, die jedenfalls sehr der Beachtung wert ist:

In einer Anzahl von Bezirken wurde während der beinahe vierjährigen Kriegsdauer eine Reihe von Zahlstellen unseres Verbandes aufgelöst. Die Anmeldung der vom Kriegsdienst entlassenen Mitglieder in den Zahlstellen gestaltet sich schon schwierig; noch schwieriger allerdings in solchen Orten, wo die Zahlstellen während des Krieges eingegangen sind, wo keine Verbandstätigkeit entfaltet wird und Verbindung mit der Organisation fast nicht mehr besteht. Alle Bezirksleitungen müßten schon jetzt danach streben, die Beziehungen zu solchen Orten wieder anzubahnen. Diese Arbeit darf nicht unterläßt werden; denn in manchen Bezirken sind zwei bis drei Zahlstellen infolge des Krieges eingegangen. Irigendwelchen Anhaltspunkt zur Verbindungsherstellung wird man bei den Frauen unserer einberufenen Kollegen schon finden. Vom Heeresdienst entlassene Kollegen werden dann sicherlich beim Wiederaufbau der Organisation in solchen Orten mit behilflich sein. Wo an eine Neugründung der Zahlstelle noch nicht gedacht werden kann, bewirke man seine Wiederanmeldung am Bezirksvorort. Zum Wiederaufbau der Organisation in Groß- und Kleinstadt muß alles aufgeboten werden.

**Wahlen der Vertreter in den Beirat.**

Der 14. ordentliche Verbandstag hat durch den neugeschaffenen § 32 a beschlossen: „Dem Verbandsvorstand steht ein Beirat zur Seite. Derselbe besteht aus einem Vertreter des Ausschusses, je einem Vertreter der vom Verbandstage festzustellenden Bezirke und Vertretern der Zahlstellen über 1000 Mitglieder. Als Wahlbezirke gelten:

- 1. Die Bezirke Danzig, Breslau, Götting;
2. Berlin, Magdeburg, Halle;
3. Hamburg, Kiel, Hannover, Bremen;
4. Leipzig, Chemnitz, Dresden, Erfurt;
5. Herford, Essen a. d. R., Köln a. Rh.;
6. Frankfurt a. M., Wiesbaden;
7. Straßburg, Mannheim, Stuttgart;
8. Nürnberg, München.

Die Wahlen erfolgen innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Stattfinden des Verbandstages nach den Grundzügen der Wahlordnung für den Verbandstag. Zahlstellen mit eigenen Vertretern scheiden bei der Kandidatenaufstellung für den Beirat aus. Den Ausschluß der Vertreter bestimmt der Ausschuß selbst. Für die Vertreter des Beirates ist in allen Bezirken und Städten ein Stellvertreter zu wählen, der im Abwehrungsfall des ständigen Vertreters an den Sitzungen teilnimmt.

Auf Grund der Mitgliederzahl vor dem Kriege kommen folgende Zahlstellen mit einem eigenen Vertreter für den Beirat in Frage: Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, München, Frankfurt und Nürnberg. Diese Zahlstellen schreiben nunmehr bei der Kandidatenaufstellung für die Bezirke aus und wählen ihre Beiratsvertreter beziehungsweise Stellvertreter in den Mitgliederversammlungen.

Für die Wahlen in den oben aufgeführten Bezirken gelten folgende Bestimmungen:

**Vorschläge von Kandidaten.**

In der Zeit bis einschließlich 25. Juni finden in allen Zahlstellen und Verbandsorten Mitgliederversammlungen statt, die sich mit der Frage der Wahl der Beiratsvertreter zu beschäftigen haben.

Diese Versammlungen haben die Kandidaten für die Beiratswahl (Stellvertreter) aufzustellen.

In jedem Wahlkreis muß mindestens ein Kandidat mehr aufgestellt werden, als Vertreter (Stellvertreter) zu wählen sind.

Die Zahl der Kandidaten ist nach oben unbeschränkt; aber zur Vermeidung allzu großer Zersplitterung der Stimmen wird es sich empfehlen, nur in jedem Wahlkreis ein oder zwei Kandidaten mehr aufzustellen, als Vertreter (Stellvertreter) zu wählen sind.

Es wird sich empfehlen, wenn sich die Zahlstellenvorstände vorher mit dem Wahlleiter über die aufzustellenden Kandidaten verständigen, damit nicht allzu große Stimmenzersplitterung eintritt.

Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen dem Wahlleiter bis spätestens 29. Juni bekanntgegeben werden mit der Bezeichnung, ob Vertreter oder Stellvertreter.

Der Wahlleiter hat diese Vorschläge nach diesem Termin sofort zusammenzustellen und in der nächsten Nummer der Zeitung zu veröffentlichen.

Etwaige erst nach dem 29. Juni dem Wahlleiter zu gehende Vorschläge können wohl zur Wahl zugelassen werden, für den Wahlleiter besteht aber keineswegs eine Verpflichtung, diese Vorschläge den Mitgliedschaften zur Kenntnis zu bringen.

Ebenso besteht auf keineswegs für die Mitglieder die Verpflichtung, die Vorgesetzten zu wählen.

**Wahlberechtigung und Wahlbarkeit.**

Wahlberechtigt und wählbar ist jedes Verbandsmitglied. Wählen kann ein Mitglied nur in der Wahlabteilung, in welcher es zurzeit in der Mitgliederliste als zahlendes Mitglied eingetragen ist; gewählt können jedoch auch solche werden, die in einer andern Wahlabteilung in der Liste stehen.

**Wahlhandlung.**

Die Wahl erfolgt in allen Verbandsorten in der Woche vom 21. bis 27. Juli. In den Versammlungen im Juni oder durch sonstige Bekanntmachungen durch Flugblätter in den Mitgliedern bekanntzugeben, in welchen Lokalen und in welchen Stunden und Tagen die Wahlhandlung vor sich geht.

In jedem Verbandsort ist ein Lokal zu bestimmen, in größeren Städten ist jedoch, wenn möglich, in jedem größeren Bezirk ein Lokal zu bestimmen, in welchem die Wahl vor sich geht. Die Stunden für die Wahlhandlung sind festzulegen, daß allen Mitgliedern Zeit bleibt, ihr Wahlrecht auszuüben.

Die Wahl erfolgt durch mit dem Stempel der Zahlstelle versehenen Stimmzettel, von denen jedes Mitglied, welches sich durch sein Mitgliedsbuch legitimiert, einen erhält.

Der Stimmzettel muß neben dem Namen der Kandidaten Angaben darüber enthalten, ob Vertreter oder Stellvertreter sowie auch wieviele Vertreter (Stellvertreter) zu wählen sind.

Die Vorstände respektive Vertrauensleute können auf die Stimmzettel die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten drucken respektive durch Vervielfältigung aufdrucken lassen. In diesem Falle haben die Mitglieder die ihnen nicht konkurrierenden Kandidaten auszustreichen, so daß nur je ein Name für den Vertreter und Stellvertreter stehen bleibt. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Orthographisch unrichtig geschriebene Stimmzettel sind gültig, sofern der Name darauf deutlich zu erkennen ist.

In jedem Wahllokal ist Vor Sorge zu treffen, daß jedes Mitglied unbeobachtet seinen Stimmzettel ausfüllen, eventuell den gedruckten oder vervielfältigten Stimmzettel abändern kann.

Der fertige Stimmzettel ist von dem Mitglied in die Wahlurne (ein Kistchen oder sonstiges bedecktes Gefäß) hineinzulegen.

Die Bescheinigung über die Ausführung der Wahl erhält jedes Mitglied durch Eindrückung des Ortstempels auf die letzte Seite des Mitgliedsbuches unter der Rubrik „Bemerkungen“.

**Wahlbeaufsichtigung und Führung des Protokolls.**

Zur Kontrolle der Mitgliedsbücher und zur Kontrolle der Wahl müssen in jedem Wahllokal zwei vom Vorstand der Zahlstelle ernannte Vertrauensleute, anwesend sein, die dafür verantwortlich sind, daß die Wahl genau nach den hier bekanntgegebenen Bestimmungen vollzogen wird.

Einer von diesen beiden Vertrauensleuten hat die Mitgliedsbücher der Eintretenden zu kontrollieren und ihnen den Stimmzettel auszufolgen, begleichen über die vollzogene Wahl den Stempel in das Mitgliedsbuch zu drücken. Der andere Vertrauensmann führt die Aufsicht über die Wahlurne und führt eine Liste über die Wahlbeteiligung, in welche er die Nummern der Mitgliedsbücher der Wählenden einträgt.

Wo in einer Zahlstelle in mehreren Lokalen die Wahl vollzogen wird, sind nach Beendigung der Wahl die Stimmzettel zu zählen und zum Vorstand der Zahlstelle zu bringen.

Ueber die Wahlhandlung und über das Ergebnis derselben ist ein Protokoll aufzunehmen und von sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen und mit dem Stempel der Zahlstelle zu versehen. Dasselbe muß erhalten, wieviel Stimmen im ganzen und wieviel auf jeden einzelnen Kandidaten abgegeben worden sind. Dieses Protokoll haben die Zahlstellen sofort an den Wahlleiter zu schicken. Bis spätestens 31. Juli muß das Protokoll in den Händen des Wahlleiters sein.

**Prüfung und Zusammenstellung des Ergebnisses durch den Wahlleiter.**

Nach Eingang der Wahlergebnisse und der Protokolle hat der Wahlleiter sofort, jedoch nicht vor dem 31. Juli, die Protokolle aus den einzelnen Zahlstellen durchzugehen und daraus das Wahlergebnis festzustellen.

Gewählt als Vertreter (Stellvertreter) ist dasjenige Mitglied, welches die höchste Stimmenzahl, aber mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Steht sich eine absolute Mehrheit überhaupt nicht heraus, so ist eine

**Stichwahl**

zu veranlassen, zu welcher von den Kandidaten nur diejenigen in Frage kommen, welche die höchste Stimmenzahl erhalten haben, und zwar immer nur einer mehr als die Zahl der noch zu wählenden.

In diesem Falle ist den Zahlstellen der Wahlabteilung das Wahlergebnis sofort, spätestens aber so zeitig mitzuteilen, daß es bis 3. August in ihren Händen ist.

Die Stichwahl findet in gleicher Weise wie die Hauptwahl statt, und zwar am Sonntag, 11. August.

Jeder Stimmzettel darf nur so viele Namen enthalten, als Vertreter (Stellvertreter) zu wählen sind.

Das Stichwahlresultat nebst Protokolle ist so zeitig an den Wahlleiter einzusenden, daß es spätestens am 15. August in seinen Händen ist. Die Prüfung und Zusammenstellung des Stichwahlresultates durch den Wahlleiter muß sofort, aber nicht vor dem 15. August geschehen.

Für die Prüfung der Stichwahlresultate gelten die Bestimmungen wie bei der Hauptwahl, mit der Erweiterung, daß nunmehr alle Stimmzettel, die einen andern Namen als den eines zur Stichwahl stehenden Kandidaten enthalten, ungültig sind und nicht mitgezählt werden. Als gewählt gelten diejenigen, die die meisten Stimmen erhalten. Ist Stimmgleichheit vorhanden, entscheidet das Los; der Entscheid ist sofort herbeizuführen.

**Mitteilung des Endergebnisses.**

Ist die Wahl endgültig entschieden, so ist das Ergebnis vom Wahlleiter in der Zeitung bekannt zu machen.

**Kontrolle über die Wahl.**

Die Wahl der Beiratsvertreter (Stellvertreter) wird durch den Vorstand kontrolliert; dieser ist auch verpflichtet, jede auf die Wahl Bezug habende Auskunft zu erteilen. Etwaige Mängelhaftigkeiten bei der Wahl sind sofort mitzuteilen. Der Vorstand ist berechtigt, eventuell eine Neuwahl anzubringen. — Sämtliche Wahlakten sind von dem Wahlkomitee dem Wahlleiter einzusenden.

Die Wahlen der Vertreter beziehungsweise Stellvertreter in den Zahlstellen mit über 1000 Mitgliedern können zu einem früheren als dem für die Bezirke festgesetzten Ter-

min borgenommen werden; sie müssen jedoch spätestens ebenfalls bis 27. Juli erledigt sein.

Als Wahlleiter für sämtliche Wahlkreise wurde bestimmt:

A. Laues, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

In diesen sind alle die Wahlen betreffenden Zuschriften zu richten, die Kandidatenlisten einzusenden und das Wahlergebnis mitzuteilen.

Formulare für die Wahlprotokolle werden nicht an die Wahlstellen versendet. Diese haben ein Protokoll über den Wahlakt aufzunehmen und an den Wahlleiter mit den abgegebenen Stimmzetteln einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Josef Diermeier, Vorsitzender

Der Arbeitslage.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Kriegswirtschaft kann am Schlusse jedes Monats aufs neue festgestellt werden; sie hat auch im Monat März in keiner Weise nachgelassen; einige wichtige Gewerbebezüge vermochten ihre Anspannung sogar wieder zu erhöhen. Einen Aufschwung nahm besonders die Geschäftslage im Bergbau und Hüttenbetrieb und in der Eisen- und Metallindustrie. In beiden Industrien war die günstige Lage zum Teil auf die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zurückzuführen. Gleich günstigen Geschäftsgang wie im Vormonat hatten die elektrische und chemische Industrie und der Maschinenbau. Die Nachweisungen der Krankenkassen zeigen für die am 1. April in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum 1. März eine Abnahme um 1813 Beschäftigte. Diese Abnahme ist so geringfügig, daß sie in Verhältniszahlen ausgedrückt 0,0 vom Hundert lautet. Auch bei Trennung der Geschlechter sind die Verschiebungen minimal; beim männlichen Geschlecht ist eine Abnahme um 6126 oder 0,1 pSt. zu verzeichnen, beim weiblichen Geschlecht eine Zunahme um 4318 oder 0,1 pSt.

Die Arbeitslosenzahl von 36 Fachverbänden, die für 1176 387 Mitglieder berichten, betrug am 1. April 10206 oder 0,9 vom Hundert. Im Vormonat betrug diese Zahl nur 0,8; die geringfügige Zunahme ist auf die Schwankungen in der Zahl der berichtenden Verbände und auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Spinnstoff- und Bekleidungs-gewerbe zurückzuführen.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt einen weiteren Rückgang des Andranges von Arbeitsuchenden. Im März kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 56 Arbeitsuchende (gegen 58 im Vormonat), beim weiblichen Geschlecht sank die Andrangsziffer von 98 auf 86, so daß sich auf dem Arbeitsmarkt der Frauen das Angebot nur zu etwas über vier Fünfteln mit der Nachfrage deckte.

Die Berichte der Arbeitsnachweiserverbände über die Beschäftigung im März lassen für Posen und Schlesien, für Berlin-Brandenburg, Königreich Sachsen und für Westfalen keine Veränderung gegen den Vormonat erkennen. In Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen, in Schleswig-Holstein und in Baden hat die Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise zugenommen. In Elb-Lothringen stieg die Zahl der Arbeitsuchenden; in Württemberg trat das Gegenteil ein. Hessen und Hessen-Nassau melden stärkere Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften und Zunahme der Arbeitsuchenden.

Bei den Arbeitsnachweisen, die sich mit der Vermittlung von Bäckern und Konditoren befassen, wurden im März 1909 Arbeitsgesuche gebucht, denen 1426 offene Stellen gegenüberstanden. Auf je 100 offene Stellen ergibt das 134 Arbeitsuchende gegen 131 und 133 in den beiden Vormonaten und gegen 94 im Jahre 1917, 111 im Jahre 1916 und 131 im Jahre 1915. Gegen die Vormonate trat eine geringfügige Steigerung ein, im Vergleich mit den Vorjahren ist das Mehr an Arbeitsuchenden ganz erheblich.

Die Vermittlungstätigkeit in den einzelnen Landesgebieten und die Verhältniszahl des Andranges von Arbeitsuchenden zur Nachfrage in diesen Gebieten zeigt folgende Aufstellung:

Table with 5 columns: Landesgebiete, Arbeit-suchenden, offene Stellen, besetzten Stellen, Auf jede offene Stelle ent-fallende Arbeit-suchende. Rows include Provinz Ostpreußen, Westpreußen, Berlin-Brandenburg, Provinz Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holst., Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland, Königreich Bayern, Sachsen, Württemberg, Großherzogtum Baden, Hesse, Thüring. Staaten, Olden-burg und Braunschweig, Bremen und Lübeck, Hamburg, Elb-Lothringen.

Unter dem Gesamtdurchschnitt von 134 Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen standen Berlin, Schlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Württemberg, Baden, Hessen, die Thüringischen Staaten, Lübeck, Bremen, Elb-Lothringen. In den übrigen Landesgebieten waren mehr Arbeitsuchende. Groß war der Andrang besonders im Rheinland, in Bayern und in Hamburg. Auch in Ost- und Westpreußen waren — im Gegensatz zu früheren Monaten — verhältnismäßig viele Arbeitsuchende. Allgemein wird berichtet aus Berlin, daß der Rohstoffmangel die Arbeits-lage stark beeinträchtigt; bei dem Ueberangebot habe es sich jedoch meist nicht um ältere selbständig arbeitende Kräfte gehandelt. Aus dem Rheinland wird ähnliches gemeldet; Nachfrage bestand nur nach tüchtigen selbständigen Gehilfen.

Der Bericht aus Bayern betont das Ueberangebot von Bäckern und Konditoren; in Mittelranken waren die Leb-luchen- und Schokoladenfabriken zu Betriebsbeschränkungen gezwungen. Die ungünstige Lage unserer Berufsgenossen ist auch den Zahlen der Krankenkassen zu entnehmen. Vier Ortsklassen für Bäcker hatten am 1. April 785 männliche und 998 weibliche Mitglieder. Gegen den Vormonat bedeutet dies eine Abnahme der männlichen um 3,1 pSt. Die weibliche Beschäftigung erhöhte sich um 1,1 pSt. In 177 Innungskassen für Bäcker waren am 1. April 24 309 männliche und 13 684 weibliche Mitglieder. Gegen den Vor-monat sind das 0,8 und 0,7 pSt. weniger. Im ganzen trat also eine Abnahme der Beschäftigung ein.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Nachdem nunmehr auch die Weisker ihre Funktion im Verbandsvorstand aufgenommen haben, geben wir nochmals die Zusammensetzung des Gesamtverbandes bekannt:

- Josef Diermeier, erster Vorsitzender; Alfred Fiß, zweiter Vorsitzender; Otto Freitag, erster Kassierer; Markus Langhann, zweiter Kassierer; Karl Diegner, Moriz Friedrich und Karl Gehjold (Berlin), Sekretäre; Felix Weidler und Anton Laues, Redakteure.

Weisker:

- Oskar Willmann, Bäcker; Friedrich Friedmann, Bäcker; Johann Theiner, Bäcker; Heinrich Nischberg, Bäcker; August Kose, Garburg, Bäcker; Gertrud Pappenhagen, Fabrikbranche.

Revisoren:

- Fritz Gercken, Fabrikbranche; Wilhelm Pevestorf, Bäcker; Karl Kesting, Bäcker.

Nach § 61 fungiert als Revisionskommission der Verbandsvorstand, an den auch alle Beschwerden gegen die Redaktion zu richten sind.

Beschwerden gegen die Umstätigkeit des Verbandsvorstandes sind an den Vorsitzenden des Verbandsausschusses:

Heinrich Gagner,

München, Pestalozzistr. 42, 3. Et., Zimmer 70, anzubringen.

Lokalbeiträge. Der Zahlstelle Bremen wird auf Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 s erteilt. Die Entrichtung des Lokalbeitrages hat in allen Beitragsklassen zu erfolgen, einschließlich der weiblichen Mitglieder. Für die Bäcker wurden auf Antrag der Zahlstelle Bremen die Beitragsklassen zu 105 und 135 s, einschließlich des Lokalbeitrages, pro Woche festgesetzt. Für die übrigen Mitglieder richten sich die Wochenbeiträge nach dem Lohnneinkommen. Der Beschluß tritt am 1. Juli 1918 in Kraft.

Die Zahlstellen, welche Lokalbeiträge festsetzen wollen oder Beitragsklassen ausfallen lassen, werden ersucht, diese Anträge bald an den Verbandsvorstand einzurichten, damit hierüber Beschlüßfassung erfolgen kann und dementsprechend die neuen Beitragsmarken zum Versand kommen können.

Kriegsfondsmarken. Erfreulicherweise bemühen sich viele Zahlstellen, planmäßig für den Vertrieb der Kriegsfondsmarken zu sorgen. Ein großer Teil unserer beim Militär stehenden Mitglieder erklärte sich zur regelmäßigen Bezahlung dieser freiwilligen Beiträge bereit. Demgegenüber ist leider auch die Tatsache zu verzeichnen, daß man sich in einigen Zahlstellen um den Verkauf dieser Beiträge nicht kümmert. Wir werden in der nächsten Zeit eine Zusammenstellung der verkauften Kriegsfondsmarken in den einzelnen Zahlstellen veröffentlichen. In den Mitglieder-versammlungen soll zu dieser Frage Stellung genommen werden, eventuell sind Beschlüsse herbeizuführen, wie schon in vielen Zahlstellen, daß von allen Mitgliedern Kriegsfondsmarken zu entnehmen sind.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Josef Diermeier, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 27. Mai bis 1. Juni gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für April: Wiesbaden M. 151,10, Danzig 83,75. Für Mai: Hamburg M. 1916,98, Landsberg 1,60. Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. S. Kronach M. 1.

Für Abonnements und Annoncen: O.-M.-Rostock M. 4,05, Wiesbaden 3,60.

Der Hauptkassierer. O. Freitag

Sterbetafel.

Dresden. Ernst Trompler, Fabrikbranche, 60 Jahre alt, am 27. Mai.

Kriegsverluste des Verbandes.

- Bezirk Breslau. Josef Franke (Waldenburg), Bäcker, gefallen. Bezirk Erfurt. Wilhelm Kuhn (Gotha), gefallen am 5. April. Bezirk Magdeburg. Richard Henschke, Konditor, 24 Jahre alt, gefallen am 9. Mai. Bezirk Nürnberg. Fritz Praeger, gefallen am 5. April.

Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Feuerungszulagen in Brotfabriken Frankfurt a. M. Die Mehl- und Brotfabrik „Gansener Mühle“ bewilligte auf eine Eingabe des Verbandes M. 10 Feuerungs-zulage pro Monat. Die durchschnittlichen Gesamtwochen-einkommen der Bäcker dieses Betriebes betragen nunmehr M. 48 bis 51.

Die Brotfabrik Laug & Hoffmann bewilligte gleichfalls auf Eingabe des Verbandes weitere M. 6 Feuerungs-zulage pro Monat. Hier betragen die durchschnittlichen Wochen-einkommen der Bäcker M. 52 bis 55.

Die Dampfbackerei S. E. Dietrich gewährte abermals einen Teil ihrer Bäcker eine Feuerungs-zulage von M. 2 pro Woche. Die durchschnittlichen Wochen-einkommen bewegen sich zwischen M. 39 bis 50.

Mit der Dampfbackereiactiengesellschaft Bremen und unserer dortigen Bezirksleitung wurde folgender An-hang zu dem Tarifvertrag vereinbart:

Als Nachtrag zu dem Tarifvertrag wurden zwischen den Unterzeichneten folgende Vereinbarungen getroffen:

- 1. Zu § 1. Lohn. Die im Tarifvertrag vorgesehene Feuerungs-zulage wird auf M. 8 (acht Mark) erhöht. 2. Zu § 2. Ueberstunden. Ueberstunden werden pro Mann und Stunde mit M. 1 (einer Mark) vergütet. 3. Allgemeines. Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 1. April 1918 in Kraft und werden die bis-her fälligen Zulagen nachbezahlt. Diese Vereinbarungen sind dem Tarifvertrag als An-hang beizufügen.

Bremen, den 25. Mai 1918.

(Unterschriften.)

Hiermit ist nun auch in diesem Betriebe der Mindest-lohn auf M. 48 die Woche erhöht. Die Kollegen erhalten durch die Vereinbarung eine Lohnerhöhung von M. 3,50 pro Woche.

Aus unserm Berufe.

Großindustrie.

Zur Stilllegung der Keksindustrie in Hannover wird uns berichtet: In letzter Zeit macht sich der Mangel leider wieder sehr bemerkbar. Die Folge davon ist erst einmal die Kürzung der Produktion, dann die Ein-schränkung der Herstellung von Zwieback, die diesmal sehr weitgehend zu sein scheint; dann aber die vollständige Still-legung der Keksindustrie, von der man wohl diesmal mit Recht sprechen kann. Wenn man aber in letzter Zeit be-obachten konnte, daß in einigen Betrieben, ganz besonders in der Zwiebackindustrie, mit Hochdruck gearbeitet wurde, Tag- und Nachtschichten geleistet werden mußten, und man sieht nun die weitgehende Einschränkung, so kann man von einer planmäßigen Wirtschaft wahrlich nicht reden. Die-selben Arbeiterinnen, die jetzt ihre Entlassung bekommen haben, machten vor einigen Wochen noch tagaus, tagein Nachtschichten. Der durch die jahrelange Unterernährung schwer leidende Körper wurde durch die Nachtschichten noch mehr zugrunde gerichtet. Aus dieser planlosen Wirtschaft sieht man, daß der Wettbewerb der Reichsgetreidestelle nicht allzu scharf war. Nach den Erfahrungen, die die Reichs-getreidestelle in den letzten Jahren gesammelt hatte, sollte man voraussetzen, daß derartige Störungen in der In-dustrie vermieden werden könnten. Wenn man bedenkt, daß die Firma Wahlen noch vor kurzer Zeit 400 bis 500 Personen beschäftigte und jetzt sind es noch ungefähr ganze 50 in der Zwiebackabteilung, und man sieht das selbe pro-zentuale Verhältnis in den Zwiebackfabriken, dann ist der Kontrast doch wirklich zu groß. Die jetzt beschäftigungslos gewordenen Kollegen und Kolleginnen werden sich nun damit abfinden müssen; der größte Teil wird Arbeit in der Munitionsindustrie finden und wird sich finanziell dadurch nur verbessern. Hoffentlich werden aber alle daraus die Lehre ziehen, wenn sie später mal wieder in der Keks- oder Zuckerwarenindustrie beschäftigt sind, ihre Menschenrechte zu wahren und wirklich angemessene Lohn- und Arbeits-bedingungen zu fordern!

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. Am 26. Mai lagte im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitgliederversammlung, welche sich eines guten Besuches erfreute. Konjunkturbäcker-konferenz und Verbandstagsbericht bildeten die Tagesord-nung, worüber Kollege Wenner als Delegierter ausführlich berichtete. Die lebhafteste Aussprache bewegte sich in ruhiger und sachlicher Weise. Ein Antrag zur Frage des Genossen-schaftstafel forderte, nunmehr mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die weitere Feuerungs-zulagen-erhöhung und bessere Ueberstundenbezahlung in den Genossenschaft-lichen durchzusetzen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Zur Statutenänderung stehen die Kollegen geschlossen hinter den Verbandstagsbeschlüssen, und der Lokalzuschlag von 10 s soll auch mit den neuen Beitragsmarken weiter als Einheitsmarke erhoben werden. Bedauert wurde, daß man den Antrag: „Kriegsbeschädigten für sorgen und Arbeitsgemeinschaften für unsere Berufs-kollegen“, nicht als Tagesordnungspunkt behandelt habe. Den Vertragsmännern der Arbeitsgemeinschaften wäre mit dessen Behandlung sehr viel gedient worden, und die Kriegsteilnehmer selbst hätten eine ausführliche Stel-lungnahme dazu sehr begrüßt. — Allmans Rücktritt als Zentralvorsitzender wurde lebhaft bedauert. Man sprach den Wunsch aus, daß uns seine weitere Mitarbeit erhalten bleiben möge. Mit dem Appell, daß von jedem einzelnen die korrekte Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse aus-zutreiben sei und jeder am weiteren Ausbau der Gesamt-organisation mitwirken möge, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

# Keine Beitragsreste!

## Gewerkschaftliche Rundschau.

**Ein Jubiläum im Zimmererbewande.** Am 1. Juni war August Bringmann 25 Jahre Redakteur des „Zimmerer“ und Mitglied des Zentralvorstandes seiner Organisation. Vor der 1890 vollzogenen Verschmelzung einer Sonderorganisation der Zimmerer mit dem Zentralverband war Bringmann an ersterer mit als Geschäftsführer tätig gewesen; er wurde dann 1893 auf seinen jetzigen Posten berufen. In den Erfolgen seines Verbandes hat Bringmann hervorragenden Anteil; er hat vor allem in bezug auf Lohnpolitik und auf das Tarifwesen energisch die Interessen seiner Verbandskollegen wahrnehmen können. Er war einer derjenigen, die den Wert des Tarifvertrages für die Arbeiterbewegung recht bald zu würdigen verstanden und der Ausbreitung dieser Idee mit die Wege ebneten, aber er hatte auch das richtige Gefühl für die Gefahren einer zu engen und strengen Bindung einer zu harten Fesselung durch Tarifverträge und suchte in dieser Richtung nach geeigneten Mittelwegen. Die erweiterte Zimmererbewegung hat der Verbandsleitung die Möglichkeit, solche Ziele mit Erfolg anzujagen. Neben Bringmanns Darlegungen über den Tarifvertrag haben auch seine „Praktischen Rufe für die Zimmererbewegung“ und besonders seine „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ Beachtung gefunden.

## Allgemeine Rundschau.

**Ueber die verflochtene Maisfeier im Auslande** bringt die „Internationale Korrespondenz“ einige Nachrichten, die uns zugleich einen Einblick gewähren, wie sich die Leitungen der Gewerkschaften und Arbeiterparteien in den betreffenden Ländern zu der ganzen Frage gestellt haben. Die Berichte — einen über Deutschland haben wir ausfallen lassen müssen — lauten:

**Maisfeiern in der Schweiz.** Die Maisfeiern in der Schweiz nahmen einen programmgemäßen, im allgemeinen ruhigen Verlauf. Viele Betriebe hatten geschlossen, die Arbeitsruhe war aber nicht allgemein. Von den Verkehrsbeamten sind nur in Zürich die Straßenbahnen nicht zur Arbeit erschienen. In vielen Städten fanden Umzüge statt, die aber zum Teil stark durch den Regen beeinträchtigt waren. In Bern wollte der von den Züricher Vorjahren her bekannte pazifistische Schwärmer Döblyer die Versammlung der Freilichtversammlung für eine Friedensdemonstration und Kundgebung gegen Munitionsherstellung in der Schweiz gewinnen. Er wurde aber vom offiziellen Redner Grimm mit sanfter Gewalt von der programmwidrig von ihm betriebenen Rednertribüne heruntergeholt.

**Austruf der französischen Parteileitung** zum 1. Mai. Wie bereits bekannt, haben der französische Gewerkschaftsbund und die französische Parteileitung auch in diesem Jahre die Arbeitererschaft aufgefordert, den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe zu begehen. Der Austruf der Parteileitung, der in der „Humanité“ vom 30. April veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

Der 1. Mai 1918 trifft Frankreich und die Welt noch im Kriege an. Statt sich zu wehren, hat sich der blutige Konflikt sogar noch verschärft. Wir stehen inmitten einer neuen und fürchterlichen Offensive, mittels deren der deutsche Militarismus und Imperialismus einen zermalmenden Sieg an der Westfront zu erringen sucht, wie er ihn auf der Ostfront davongetragen hat.

Angeichts dieser Lage hat die C. G. T. (der französische Gewerkschaftsbund) als Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Arbeitererschaft es für angezeigt gehalten und beschlossen, daß sie auch dieses Jahr von Kundgebungen absteht, wie sie sie zu Friedenszeiten bei diesem Anlaß zu organisieren pflegte, und daß sie die Arbeitererschaft nicht zur üblichen Arbeitseinstellung auffordern wird.

Getreu ihrer stets in solchen Fällen eingenommenen Haltung fordert die C. G. T. die Parteimitglieder auf, sich dieser vom Gewerkschaftsansatz für das ganze Land vom Seine-Verbandsauschuß für das Pariser Gebiet erteilten Weisung anzuschließen.

Auch bitten sie dieselben Parteimitglieder, überall, wo es ihnen möglich ist, an den von der C. G. T. einberufenen Versammlungen teilzunehmen, bei denen die von der internationalen sozialistischen und Arbeiterkongressen im Februar in London gefassten Beschlüsse bekanntgegeben und dargestellt werden.

Die oberste, zur Stunde jedem Staatsbürger obliegende Pflicht, des Landes Leben, Bestand und Unabhängigkeit zu verteidigen, enthebt sie nicht der Erfüllung einer weiteren. Diese zweite Pflicht ist um so gebieterischer, als sie mit der ersten im Zusammenhang steht, ja sich sogar mit ihr deckt.

Dieser Pflicht nachzukommen, hat ihrerseits die sozialistische Partei Frankreichs nicht erlangt; nicht nur durch ihre allgemeine Haltung, sondern auch durch ihr Vorgehen bei den Regierungen, um diese zu einer feierlichen Erklärung gegen jede offene oder verdeckte Annexionspolitik zu veranlassen und gegen geheime diplomatische Verhandlungen und Abmachungen, die geeignet sind, die Einwirkung des Kriegenschlusses zu begünstigen.

Diese Pflicht bezieht sich, in aller Klarheit auszusprechen, unter welchen Bedingungen der seit fast vier Jahren wütende Kampf auf den Schlachtfeldern beendet werden könne und damit zu helfen, den Frieden durch das Recht, einen gerechten und dauernden Frieden herbeizuführen, der nicht nur den gegenwärtigen Krieg beendet, sondern Europa und der Welt eine Ära der Sicherheit und dem internationalen Proletariat die Möglichkeit einer stetigen Entwicklung sichert.

Kein Anlaß ist für diese Kundgebung internationalen Charakters geeigneter als der 1. Mai.

**Leipzig.** Am 25. Mai nahm unsere Zahlstelle im Verhandlsaal den Bericht vom Verbandstage in Leipzig durch Gumpenböcker entgegen. Der Bericht war sehr eingehend und unterrichtete vor allem über die Statutenänderung, die eine neue Grundsteinlegung der Organisation bedeutet und uns schützen wird vor allen Stürmen und Gefahren im wirtschaftlichen Kampfe nach dem Kriege, wenn die Kollegen die Neuerungen richtig bewerten. Besonders wurden uns die neuen Unterstützungsfälle vor Augen geführt sowie die bedeutungsvollen Beschlüsse bezüglich des Nacht- und Sonntagsbrotverbotes und der Lehrjahrsfrage, dem Lebensnerv unseres Berufes und der Organisation. Begrüßt wurden die Ausführungen über die Einführung des Verbandsbeitrages, der den Kollegen aus der Postkarte und der Fabrik mehr Rechte zubilligt. Der Bericht wurde von der außerordentlich gut besuchten Versammlung mit Aufmerksamkeit verfolgt und mit großem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt; die Zahlstelle war mit der Arbeit und den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. — Eine Antwort der Innung wurde zur Kenntnis genommen und beschlossen, erneut die Innung zu ermahnen, über die gestellte Lehrerzulagenforderung in Verhandlungen mit der Organisationsleitung einzutreten. Mit der Vertretung wurde Kollege Gumpenböcker beauftragt. Weiter wurden noch verschiedene örtliche Angelegenheiten durch Mitteilungen des Kassierers Oberpriller geregelt und Aufklärungen seitens des Vorsitzenden erteilt, die die Zustimmung der Versammlung fanden. Der gute Verlauf der letzteren zeitigte noch neun Renonciaturen. Sie hat wieder gezeigt, was bei guter, fleißiger Agitationsarbeit erreicht werden kann. Mit großem Interesse kamen die Mitglieder, mit Vertrauen zum Verbandsrat und ihrer Ortsverwaltung, und mit voller Befriedigung verließen sie die Versammlung, besichert, auch weiterhin ihre Pflicht der Organisation und der allgemeinen Arbeitererschaft gegenüber zu tun. Nur eine Frage lag auf allen Lippen: Wann wird der Krieg zu Ende gehen, damit wir wieder in gemeinsamer friedlicher Arbeit unsere Interessen vertreten können?

**Regensburg.** Unsere Zahlstelle hielt am 29. Mai eine außerordentliche Versammlung ab. Gumpenböcker berichtete noch einmal über die letzten Verhandlungen betreffs der Lehrerzulagen. Er kritisierte scharf das Verhalten des Obermeisters, der die Gehaltsforderung mit größter Leidenschaft und falschen Behauptungen abzuwehren wollte. Ferner wurde festgestellt, daß schon wieder ein kleiner Teil der Bäckereimeister versucht, die Bestimmungen des Tarifvertrages, die abgeschlossene Vereinbarung vom 18. Mai sowie die getroffenen Bestimmungen vom 5. Januar 1915 zu umgehen. Die Versammlung warnte sich ganz entschieden gegen dieses Vorgehen, und es wurde beschlossen, ein Protestschreiben an die Innung abgeben zu lassen, worin gefordert wird, daß den Gehältern ihre Rechte voll und ganz zugesichert werden, wenn man von ihnen Willkür verlangt. Diejenigen Gewerkschaften, welche bisher schon den Gehältern entgegengetreten sind und die Bestimmungen voll und ganz innehalten, wurden ermahnt, einen moralischen Druck auf ihre Kollegen auszuüben. — Weiter ermahnte der Delegierte der Zahlstelle Bericht über den ordentlichen Verbandstag in Leipzig. Eingehend schilderte er die gesamten Verhandlungspunkte, insbesondere die Neuerungen im Statut, die neue Beitragsregulierung und die Unterstützungsfälle. Die Berichterstattung wurde mit Beifall aufgenommen und in der Diskussion hervorgehoben, daß die Beschlüsse der Generalversammlung voll anzuerkennen sind. Beschlissen wurde, daß auch in Zukunft auf die Klassen von 80 und 100 % der Lohnzuschlag von 5 % zu bezahle ist, dagegen bleibt die Klasse von 40 % ohne Lohnzuschlag. Sonstige vom Kollegen Eitenbacher angelegte Agitationsmaßnahmen fanden die Zustimmung der Versammlung. Ueber die auf dem Verbandstage erörterten Rekruten, die heute nicht voll behandelt werden konnten, wird in den nächsten Versammlungen eingehend gesprochen werden. Die gütigste Versammlung hat einen würdigen Verlauf genommen; mögen die Blüten auch zu guter Frucht reifen, zum Nutzen der gesamten Kollegenschaft in Regensburg.

**Waldshut.** In der Mitgliederversammlung am 23. Mai erörterte Ziehler, Solle, einen ausführlichen Bericht über die Generalversammlung in Leipzig. Er schilderte die dort gefassten Beschlüsse, woraus sich auch die Notwendigkeit zur Abhaltung einer ordentlichen Generalversammlung ergibt. Inbetreff der lebhaften Insistenz über die Tätigkeit des Vorstandes und der Beitragsregelung war die Stellungnahme zum Nachbrotverbot und der Lehrjahrsfrage von weitestgehender Bedeutung für die Zukunft unseres Gewerbes. Er ermahnte die anwesenden Kollegen, alles daran zu setzen, unsere Organisation inlagertätig zu erhalten und zu erweitern, um den uns bevorstehenden künftigen Wirtschaftskämpfen jederzeit gewachsen zu sein. In der Diskussion wurden die Beschlüsse in ihrer Gesamtheit vollkommen angenommen und die Tätigkeit des Vorstandes besonders gewürdigt und gebilligt. Der neugegründete Verband zur Verbandsorganisation und die Beitragsregelung machten zum weiteren Erparten des Verbandes beitragen. Allgemeine Bewunderung erregte die lebhafte Ausprägung über die Tätigkeit des Vorstandes und die Neu-Beziehung derselben. Vor allem wurde der Abzug des Kollegen Almann sehr bedauert, zumal derselbe jederzeit seine ganze Kraft zum Wohle unserer Organisation und unseres Berufs gegeben hat, und verdient hätte, rühmlicher behandelt zu werden. Möge er uns nicht ganz im Stich lassen und als bei späteren wichtigen Vorlesungen mit Rat und Tat beistehen. Die innerlichen Streitigkeiten wurden allgemein verurteilt, zumal doch mit unsere Gegner den größten Vorteil davon häuere. Möge der Völkerriede bald Einsetz halten, damit wir gemeinsam mit den Kollegen im Kriegesfall unsere neugekauften Waffen zum Wirtschaftskampf mit richtigem Mut gebrauchen können. — Zu erwähnen ist noch, daß im letzten Komitaderat die bisher gewährte Lehrerzulage von M 16 auf M 25 für Ledige und von M 25 auf M 30 für Verheiratete pro Monat erhöht wurde.

## Eingegangene Bücher und Schriften.

**Geschichte der Nationalökonomie.** Eine erste Einführung von Adolf Damaschke, 40. bis 42. Tausend. Neunte, erweiterte Auflage. Zweiter Band, 400 Seiten. Preis M. 4,50. Verlag Gustav Fischer, Jena.

**Die Regelung des ausländischen Arbeiterwesens in Deutschland.** Unter besonderer Berücksichtigung der Anwendung und Vermittlung. (Heft 4 der Schriften der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.) Herausgegeben von Dr. Otto Becker. Berlin, Carl Heymanns Verlag. Preis M. 3,60.

**Monopolfrage und Arbeiterklasse.** Drei Abhandlungen von Heinrich Cunow, Otto Hue und Max Schippel. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Wilhelm Janßen. Preis broschiert M. 4, gebunden M. 5. Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & m. b. H., Berlin SW 68, Stadenstr. 3. In drei innerlich zusammenhängenden Arbeiten wird eines der brennendsten wirtschaftlichen Zukunftspunkte behandelt, die Monopolfrage. Das Buch bildet eine wertvolle Vorarbeit, an der die Gesetzgeber nicht werden vorübergehen können. — Wir haben das Buch bereits gelegentlich unserer Abhandlungen über „Staatsmonopole“ (Nr. 13 und 18/19) erwähnt und wollen es in Anbetracht der Wichtigkeit der ganzen Monopolfrage heute noch ausdrücklich unserer Kollegenschaft zum Studium empfehlen.

**Spätestens am 8. Juni ist der 24. Wochenbeitrag für 1918 (9. bis 15. Juni) fällig.**

## Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

**Sonntag, 9. Juni:**  
Essen a. d. R.: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Kathhof“ Essen W, Frohnhauser Straße.

## Anzeigen.

**Nachruf.**  
Am 5. April fiel ein für unsere gute Sache treues Mitglied, der Bäcker  
**Wilhelm Kuhn.**  
Ehre seinem Andenken!  
[M. 3,50] Zahlstelle Gotha.

**Nachruf.**  
Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder:  
**Otto Lubitz**  
Konditor, 25 Jahre alt, und  
**Richard Henschke**  
Konditor, 24 Jahre alt.  
Das Andenken dieser Kollegen werden wir in Ehren halten.  
Zahlstelle Magdeburg.

**Leigfuetmaschine,**  
möglichst mit Handbetrieb, zu kaufen gesucht. [M. 2,50]  
**Alfred Koch, Hamburg, Paulstr. 2 (Petrihaus).**

**Nürnberg. Bäcker- und Konditorgehilfen**  
decken ihren Bedarf am besten bei  
**Hans Derfuss, Schneidemeister, Heugasse 2, 1. Et.**

**„Suchenrutsch“**  
bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen.  
Probefäß M. 7,50, von 5 kg an à M. 7. Sehr zu empfehlen!  
**Liebing & Co., G. m. b. H.,**  
Leipzig-R. 5, Kohlgrabenstraße 8. Telefon 2290.

**Totalabtreter**  
**National Kontrollkäse**  
alle Arten gegen Barzahlung gesucht. Offerten unter  
**J. M. 5011 an Exp. d. Bl.** [M. 4]

**Brenn-Lorj**  
für Bäcker  
gibt tausend waggonweise ab  
**Bernhard Mildner,**  
Hamburg 1,  
Horderstraße 169. Fernspr.: Gr. 3, 4287.